

«Die SP hat der Idee zugestimmt»

Nationalräte Beat Jans (SP) und Christophe Darbellay (CVP) streiten über die Familien-Initiative

Von Dominik Feusi, Basel

Freitagabend in der «Brasserie» des Bahnhofs Basel. Beat Jans und Christophe Darbellay haben eine klassische Politikerwoche hinter sich mit Kommissionssitzungen und Verwaltungsrats-treffen. Beim CVP-Präsidenten kommt noch der Abstimmungskampf für die Familien-Initiative dazu. Er ist extra nach Basel gefahren, um sich mit Beat Jans zu messen. Das Bier ist kalt, die Stimmung schon nach einigen Sekunden nicht mehr.

BaZ: Christophe Darbellay will die Familie entlasten. Was soll daran nicht gut sein, Herr Jans?

Beat Jans: Die Idee, die Familien zu entlasten, ist richtig. Aber so, wie es die CVP fordert, wird einfach Geld zum Fenster hinausgeschmissen. Es ist ein ineffizienter Einsatz von Steuergeldern, und dagegen wehre ich mich.

Sie wollen Geld zum Fenster hinauswerfen, Christophe Darbellay?

Christophe Darbellay: Tatsache ist, dass Beat Jans und seine SP-Fraktion zusammen mit den Grünen in den letzten Jahren im Nationalrat drei Mal der genau gleichen Vorlage zugestimmt haben. Genau so, wie sie jetzt zur Abstimmung kommt. Damals war die Entlastung der Familien mit Steuererleichterungen gut. Jetzt soll es plötzlich ineffizient sein?

Warum soll man der Initiative zustimmen?

Darbellay: Die Initiative entlastet den breiten Mittelstand. Die Wirtschaft bezahlt fünf Milliarden Franken für Kinder als Zulagen. Der Staat zockt eine Milliarde davon wieder ab. Das ist nicht in Ordnung. Dieses Geld den Familien zu lassen, ist effizient. Die Abstimmung vom 8. März ist der grosse Mittelstandstest. Die SP versagt. **Jans:** Das ist völlig falsch. Es profitieren vor allem die Reichen mit Kindern. Bei der Bundessteuer bringt es für die Hälfte der Familien rein gar nichts.

Darbellay: Fakt ist: Eine Million Familien profitieren. Warum haben dann Sie und Ihre SP-Kollegen Silvia Schenker, Susanne Leutenegger Oberholzer und Erich Nussbaumer einer parlamentarischen Initiative mit dem gleichen Inhalt zugestimmt?

Jans: Eine parlamentarische Initiative gibt eine Stossrichtung vor. Die Stossrichtung finden wir ja richtig. Aber die Umsetzung ist falsch.

Bleiben wir bei der Wirkung der Familien-Initiative. Wer profitiert eigentlich von der Steuerbefreiung?

Darbellay: Nehmen wir eine Familie mit 50 000 Franken steuerbarem Einkommen und zwei Kindern in Basel-Stadt. Das ist der Mittelstand. Das sind keine reichen Leute. Sie haben Ende Jahr mit unserer Initiative 1200 Franken mehr in der Tasche.

Jans: Ihr geht mit Steuergeldern um wie ein Waggis mit den Röppli an der Fasnacht. Es wird ziellos in der Landschaft rumgeschmissen. Das Geld wird nicht dort eingesetzt, wo es nötig ist.

Darbellay: Also das muss ich mir von der Linken nicht vorwerfen lassen. Ihr verteilt gewöhnlich Milliarden, ohne genau hinzuschauen, wohin sie gehen. 1200 Franken mehr für eine Basler Mittelstandsfamilie finde ich sehr effizient.



Uneinig darüber, wer wirklich profitiert. Die Nationalräte Christophe Darbellay (links) und Beat Jans. Fotos Keystone/Margrit Müller

Jans: Es gibt keine ineffizientere Art, etwas zu fördern, als über Steuerabzüge. Denn die sind umgekehrt proportional zur Bedürftigkeit. Das heisst jene, die es am wenigsten nötig haben, die bekommen mit der Familien-Initiative am meisten, und die, die es am meisten nötig hätten, die bekommen am wenigsten oder gar nichts. Dümmer kann man das Geld nicht ausgeben.

Es ist doch so, dass die am meisten profitieren, die heute am meisten Steuern bezahlen, oder?

Darbellay: Wie viele Familien sind wirklich reich? Nur rund neun Prozent der Kinder leben in Familien mit mehr als 150 000 Franken steuerbarem Einkommen. Es profitieren also neun von zehn Kindern in normalen Mittelstandsfamilien von unserer Initiative. Das sind eine Million Familien, die rund tausend Franken mehr haben werden pro Jahr. Will man diese Kinder bestrafen, nur weil eine Minderheit von reichen Familien auch profitiert?

Jans: Niemand will irgendwen bestrafen...

«Die CVP geht mit Steuergeldern um wie Waggis an der Fasnacht mit den Röppli.»

Beat Jans

Darbellay: Die Ausbildungs- und Familienzulagen sind kein Lohn, sondern eine Entschädigung zugunsten der Kinder, ein Ausgleich für den Kaufkraftverlust der Eltern. Sie zu

besteuern, ist falsch. Die Familien, die wir entlasten, sind die, welche überall sonst finanziell drankommen. Sie werden durch die Steuerprogression bestraft, sie zahlen die höchsten Kita-Beiträge und bekommen keine Krankenkassenprämie finanziert.

Jans: Ach was: Selbstverständlich sind die Zulagen ein Lohnbestandteil. Sie stehen erstens auf dem Lohnausweis und zweitens werden sie von den Arbeitgebern bezahlt. Wenn wir anfangen, so zu argumentieren, dann müssen wir am Schluss eine ganze Reihe von weiteren Zulagen und Staatsleistungen nicht mehr besteuern.

Darbellay: Warum werden denn beispielsweise Militär- oder Feuerwehrgeld nicht besteuert? Oder Vergünstigungen bei Krankenkassenprämien?

Braucht es immer noch mehr neue Ausnahmen bei der Besteuerung?

Jans: Weitere Ausnahmen sind falsch. Die Bürgerlichen versuchen sich in letzter Zeit mit Vorschlägen für neue Ausnahmen bei der Besteuerung zu übertreffen. Die Verlierer der ganzen Steuerabzüge sind genau die Leute im Mittelstand, die Christophe Darbellay zu schützen vorgibt. Wenn man alle Steuerabzüge abschaffen würde, dann könnte man den Steuersatz für alle um einen Drittel senken. Das habe ich auf kantonaler Ebene gefordert. Das Problem war das eidgenössische Steuerharmonisierungsgesetz, wo die Bürgerlichen in Bern viel zu viele solche Steuerabzüge verankert haben.

Was schlagen Sie denn vor?

Jans: Wenn man die Familie fördern will, dann muss man das so machen,

dass alle gleichmässig davon profitieren. Da gibt es viele Ideen, und jede ist besser als die Initiative. Man könnte zum Beispiel pro Kind einen Betrag von der Krankenkassenprämien abziehen.

Darbellay: Ich staune: Die SP will Boni verteilen! Sie will Leuten Steuergeld geben, die selber gar keine Steuern bezahlen. Das sind dann noch mehr «Gratisbürger», die nur vom Staat profitieren und wenig leisten. Für die kleinen Einkommen macht man sehr viel in diesem Land. Da habe ich nichts dagegen, das ist nötig, aber jetzt müssen wir endlich einmal etwas für jene tun, die immer vergessen gehen. Die Familien, den Mittelstand.

Jans: Und für alle, die es gar nicht nötig haben!

Was halten Sie davon, die Steuerabzüge zu streichen und dafür tiefere Steuern für alle möglich zu machen?

Darbellay: Das Streichen der vierzig heute möglichen Steuerabzüge ist illusorisch. Machen wir Realpolitik statt Theorie. Mit unserer Initiative gibt es die Möglichkeit, jetzt direkt etwas für die mittelständischen Familien in Basel und der Schweiz zu tun. Tausend Franken sind nicht wenig Geld. Es ist besonders viel für alle, die nicht so viel verdienen.

Die Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf sagt, man müsste die Milliarde an Steuerausfällen mit Einsparungen bei Bildung und Gesundheit kompensieren.

Darbellay: Abgesehen davon, dass sie gar nicht zuständig ist dafür, ist das einfach Angstmacherei. Eine Milliarde ist nicht einmal ein Prozent der gesamten Steuereinnahmen von Bund, Kan-

tonen und Gemeinden. Wenn man auf das nicht verzichten kann, dann haben wir ein Problem. Sowieso: Die Familien werden das zusätzliche Geld brauchen, also investieren. Es kommt der Wirtschaft zugute.

«Man muss nicht auf dem Buckel der Familien sparen, wenn man nicht will.»

Christophe Darbellay

Jans: Wir können auf einen Teil dieses Geldes schon verzichten, aber nicht auf den grossen Teil, der ziellos jenen zugutekommt, denen es finanziell gut geht. Es ist doch klar, dass die Kantone genau dort sparen werden, wo es den Familien wehtut: bei den Prämienverbilligungen, den Kinderkrippen, der Bildung. Das ist eine Tatsache. Sie können es gerade jetzt in allen Kantonen sehen. Es trifft immer die Familien.

Darbellay: Man muss doch nicht auf dem Buckel der Familien sparen, wenn man nicht will.

Jans: Aber es läuft genau so ab!
Darbellay: Das stimmt einfach nicht. In diesem Land werden jeden Monat 500 neue Beamte eingestellt. Das macht im Jahr viermal mehr aus, als die Familien-Initiative kostet. Der Staat kann sich bei einer Staatsquote von 50 Prozent auch einmal zurücknehmen. Dann bleibt mehr Geld bei den Menschen, bei den Familien mit Kindern, die es brauchen und ausgeben. Bei diesem starken Franken gibt es nichts Besseres.

Abgesang im Milieu des Linkskatholizismus

Wie drei ehemalige Blick-Journalisten einen Skandal um die Medienkommission der Bischofskonferenz konstruierten

Von Dominik Feusi, Bern

Es war eine wundersame Sonntagsgeschichte: «Bischöfe sägten De Schepper ab» titelte die *Schweiz am Sonntag*. Der Inhalt: Die Schweizerische Bischofskonferenz, und darin vor allem der Churer Bischof Vitus Huonder, habe den ehemaligen *Blick*-Chefredaktor Werner De Schepper als Präsidenten der Medienkommission der Bischöfe verhindert. Das Problem ist nur, dass der Autor des Artikels selber einräumen muss, dass die Bischöfe De Schepper gar nicht «abgesägt», sondern lediglich seine Wahl auf

die nächste Sitzung vertagt hatten. Die Bischöfe sollen an De Scheppers Lebenswandel gezweifelt haben, weil er sich von seiner Ehefrau getrennt habe.

Rücktritt selber eingereicht

De Schepper sei daraufhin selber zurückgetreten – allerdings nicht wegen seiner Nichtwahl, sondern «aus Protest» gegen die Entlassung des Mediensprechers Simon Spengler, der schon früher in Zusammenhang mit einer Umstrukturierung der Kommunikation beschlossen worden war. Auch der Versuch, De Schepper als Opfer des Churer Bischofs

Huonder darzustellen (nach dem Pfarrer von Bürglen, der «entlassen» worden sei, nachdem er ein lesbisches Paar gesegnet habe), wird im Artikel widerlegt. Auch Bischöfe aus der Romandie hätten die Wahl verschieben wollen.

Der Entscheid wurde schliesslich mit sieben gegen fünf Stimmen gefällt. Der Generalsekretär der Bischofskonferenz liess ausrichten, das Wahlgeschäft sei weiterhin «ergebnisoffen» gewesen. «Absägen» sieht anders aus. Von der Empörung über die Nichtwahl eines bekannten Journalisten bleibt also nicht viel übrig. Und sogar die Ver-

schiebung des Wahlgeschäftes hat einen sachlichen Hintergrund: Glaubwürdigkeit ist in der Kommunikation das höchste Gut. De Schepper selber sollte das wissen. Darum ist es nicht nur zulässig, sondern geradezu unabdingbar, angehende Exponenten für die Kommunikation auf Eigenschaften in Charakter und Lebenslauf zu prüfen, die allenfalls mit einer glaubwürdigen Kommunikation im Widerspruch stehen.

Warum die konstruierte Geschichte? Was der Leser des Artikels nicht erfährt, ist, dass der Autor Henry

Habegger jahrelang mit De Schepper und Spengler beim *Blick* zusammenarbeitete. In diesem Sinn lege ich offen, dass ich an der Universität Freiburg Theologie studiert habe, als der bereits lizenzierte Theologe Werner De Schepper (Lizenziatsarbeit in Moralthologie: «Die «Neuen Medien» und der Kampf um die Hegemonie – Bausteine zu einer materialistischen Medienethik») mit Flugblättern und Veranstaltungen für marxistische Theologie und ihre Exponenten warb und liebend gerne andersdenkende Professoren und Dozenten «abgesägt» hätte.